

Fragen

für die Fragestunde der 175. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 16. September 2020

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Amtsberg, Luise (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	20, 21	Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	29, 30
Badum, Lisa (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	40, 73	Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	22, 23
Baerbock, Annalena (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	74	Jung, Christian, Dr. (FDP)	46, 59
Bayram, Canan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	19, 37	Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	7, 13
Brandner, Stephan (AfD)	1, 2	Kindler, Sven-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	63, 64
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	33, 34	Kluckert, Daniela (FDP)	70, 71
De Masi, Fabio (DIE LINKE.)	17	Konrad, Carina (FDP)	51, 52
Dröge, Katharina (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	39, 50	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	42, 72
Friesen, Anton, Dr. (AfD)	11, 24	Kraft, Rainer, Dr. (AfD)	32, 56
Gastel, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	66, 67	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	41, 53
Gehring, Kai (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	27, 55	Kühn, Stephan (Dresden) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	68, 69
Gelbhaar, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	61, 62	Luksic, Oliver (FDP)	43
Grundl, Erhard (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	38	Nestle, Ingrid, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	44, 45
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	35, 36	Polat, Filiz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	28, 49
Herbst, Torsten (FDP)	12, 65	Renner, Martina (DIE LINKE.)	15, 16
Hoffmann, Christoph, Dr. (FDP)	3, 4	Sarrazin, Manuel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	25, 26
Hohmann, Martin (AfD)	48, 54	Schmidt, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	18, 60
Holtz, Ottmar von (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	8, 9	Schreiber, Eva-Maria (DIE LINKE.)	5, 6

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Schulz-Asche, Kordula (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	57, 58	Willsch, Klaus-Peter (CDU/CSU)	31
Stumpp, Margit (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	10	Zimmermann, Sabine (Zwickau) (DIE LINKE.)	14, 47

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.....	4
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes....	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat	8
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes.....	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz.....	16
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales.....	17
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft	17
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	18
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur.....	19
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit	22
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	22

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

1. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)

Nach welchen Gesichtspunkten sollen nach Ansicht der Bundesregierung die 2.000 Personen ausgewählt werden, die der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Dr. Gerd Müller laut seiner Aussage im ARD-Brennpunkt (www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/minister-mueller-deutschland-sollte-2-000-migranten-aufnehmen,SA6xWJ8) nach dem Brand des Flüchtlingslagers in Moria aufnehmen will?
2. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)

Ist die Bundesregierung der Ansicht, dass die Aussagen bei dem Netzauftritt des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, bei dem es heißt: „Migration ist eine Form der Selbsthilfe. Ganze Familien entwickeln Strategien, um einzelnen Mitgliedern die Auswanderung zu ermöglichen. Durch ihre finanzielle Unterstützung sorgen die Migranten dann dafür, dass die im Herkunftsland Verbliebenen ein besseres Leben führen können. Die deutsche Entwicklungspolitik begreift Migration deshalb als Beitrag zur Entwicklung und setzt sich dafür ein, die damit verbundenen Risiken zu verringern“ (www.bmz.de/de/themen/migration/entwicklungspolitik/index.html), auch für unerlaubt einreisende Migrantinnen bzw. Migranten, die ohne Asylgrund nach Deutschland kommen, Gültigkeit besitzen?
3. Abgeordneter
Dr. Christoph Hoffmann
(FDP)

Inwiefern ist die vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) formulierte Idee, „Schutz zonen in afrikanischen Regenwäldern“ (www.faz.net/aktuell/politik/inland/deutschland-sollte-interventionsfaehig-s-ein-neue-strategische-lage-16938806.html) gegebenenfalls militärisch zu verteidigen, innerhalb der Bundesregierung und auf EU-Ebene abgestimmt, und welche Konsequenzen hätte diese militärische Schutzoption für Waldprojekte in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit?
4. Abgeordneter
Dr. Christoph Hoffmann
(FDP)

Führt die Bundesregierung bereits Verhandlungen mit der Regierung der Demokratischen Republik Kongo zur Unterstützung des Kraftwerkprojekts Inga 3 (www.dw.com/de/kongo-zwischen-strommangel-und-mega-staudamm/a-52825810), und wie bewertet die Bundesregierung die Folgen des Projekts für die wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung des Landes?

5. Abgeordnete
Eva-Maria Schreiber
(DIE LINKE.)
- Wann gab es in den letzten Monaten im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) Gespräche mit dem Afrikbeauftragten der Bundeskanzlerin Günter Nooke zu den Plänen, das Megastaudammprojekt Inga 3 in der Demokratischen Republik Kongo mithilfe deutscher Unternehmen zu verwirklichen, um Wasserstoff für Deutschland zu produzieren (siehe www.sueddeutsche.de/wirtschaft/kongo-gruener-wasserstoff-inga-3-1.5023270?reduced=true), und unterstützt Günter Nooke diese Pläne in seiner Funktion als Afrikbeauftragter der Bundeskanzlerin und des BMZ, wie Günter Nooke selbst es auf seiner Homepage schreibt (<https://nooke.de/2020/07/14/gruener-wasserstoff-aus-der-demokratischen-republik-kongo/>)?
6. Abgeordnete
Eva-Maria Schreiber
(DIE LINKE.)
- Welche Erkenntnisse zieht die Bundesregierung aus den Erfahrungen mit dem Grünen Knopf, der nach Aussage des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung eine „Blaupause für ein branchenübergreifendes Lieferkettengesetz“ (www.bmz.de/de/presse/aktuelleMeldungen/2020/september/200909_pm_027_Ein-Jahr-staatliches-Textilsiegel-Gruener-Knopf/index.html) sein soll, und was muss aus Sicht der Bundesregierung in einem solchen branchenübergreifenden Lieferkettengesetz enthalten sein, damit es eine positive entwicklungspolitische Wirkung erzielt?
7. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche realistische Chance sieht die Bundesregierung dafür, dass die meiner Ansicht nach wesentlichen Aspekte der zivilrechtlichen Haftung, des Umweltschutzes und der zumindest schrittweisen Geltung für Unternehmen aller Größen in dem angekündigten Lieferkettengesetz umgesetzt werden, und mit welcher Begründung würde sie angesichts der Aussage des Bundesministers Dr. Gerd Müller zur Erfassung des Umweltschutzes, man müsse das Machbare machen (www.sueddeutsche.de/wirtschaft/lieferkettengesetz-umwelt-1.5025927), Abstriche eher beim Umweltschutz, bei der zivilrechtlichen Haftung oder der Unternehmensgröße machen?

8. Abgeordneter
Ottmar von Holtz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welchen Stand hat die Wiederaufnahme der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit mit dem Sudan (siehe www.bmz.de/de/presse/reden/minister_mueller/2020/februar/200213_rede_bundestag.html), und inwiefern verändert der nun für drei Monate verhängte Ausnahmezustand im Sudan (siehe www.reuters.com/article/us-sudan-floods-emergency/sudan-declares-three-month-state-of-emergency-over-floods-suna-idUSKBN25W01N) die Zusammenarbeit Deutschlands mit der Übergangsregierung, insbesondere im Bereich der humanitären Hilfe?
9. Abgeordneter
Ottmar von Holtz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Mit welchen konkreten Maßnahmen reagiert die Bundesregierung auf die Verschärfung der Bildungskrise, die laut einer weltweiten Umfrage der Nichtregierungsorganisation Save the Children (www.savethechildren.de/fileadmin/user_upload/Downloads_Dokumente/Berichte_Studien/2020/report_SaveOurEducation_SaveTheChildren_20200710.pdf) durch die pandemiebedingten Schulschließungen und Einsparungsmaßnahmen die Situation von Jungen und besonders Mädchen erheblich verschlechtert, und inwiefern unterstützt sie die Wiedereröffnung der Schulen sowie die Rückkehr zur Schule von Mädchen, Kindern mit Behinderung und Kindern auf der Flucht?

Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes

10. Abgeordnete
Margit Stumpp
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Ergebnisse hatte das auf Einladung der Staatsministerin und Beauftragten der Bundesregierung für Digitalisierung Dorothee Bär, sowie des Staatssekretärs und Beauftragten der Bundesregierung für Informationstechnik Markus Richter am 10. September 2020 veranstaltete Kick-Off im Bundeskanzleramt zur Bundeszentrale für digitale Aufklärung, und welche weiteren konkreten Schritte wurden vereinbart?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

11. Abgeordneter
Dr. Anton Friesen
(AfD)
- Hat die Bundesregierung Maßnahmen ergriffen oder diese erwogen, den meist hochbetagten Holocaust-Überlebenden, beispielsweise in Israel, aufgrund der Corona-Pandemie besondere Hilfe bzw. Unterstützung zukommen zu lassen?
12. Abgeordneter
Torsten Herbst
(FDP)
- Wie viele Betrugsfälle bei den Corona-Soforthilfen für Selbstständige und Kleinunternehmer sind dem Bundesministerium der Finanzen zum Stichtag 10. September 2020 bekannt, und wie hoch ist der dadurch entstandene finanzielle Schaden für den Bund (bitte jeweils nach Bundesländern aufschlüsseln)?
13. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Haltung vertritt die Bundesregierung in Bezug auf die Forderungen des pakistanischen Premierministers (vgl. <https://tribune.com.pk/story/2225753/pm-im-iran-urges-g-20-debt-relief-amid-covid-19-pandemic>) sowie von Nichtregierungsorganisationen (vgl. www.eurodad.org/urgent_debt_relief_needed_as_pakistan_faces_perfect_debt_trap) nach Schuldenerlass vor dem Hintergrund der Verschuldungslage Pakistans, und inwiefern teilt sie meine Auffassung, dass nach dem kurzfristig wirksamen Aussetzen des Schuldendienstes für einige Staaten im Rahmen der Initiative zur Aussetzung des Schuldendienstes (Debt Service Suspension Initiative, DSSI) der G20 auch ein substanzieller Schuldenerlass, der auch private Gläubiger einbezieht, unumgänglich ist?
14. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Wie viele Beschäftigte der Deutschen Lufthansa AG wurden nach Kenntnis der Bundesregierung bislang im Zuge der von der Corona-Pandemie ausgelösten Luftfahrtkrise durch den Arbeitgeber gekündigt, und mit wie vielen Kündigungen bei der Lufthansa durch den Arbeitgeber rechnet die Bundesregierung in der nächsten Zeit?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern,
für Bau und Heimat**

15. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Gegen wie viele Angehörige von Bundespolizei, Bundeskriminalamt und Zoll sind seit 2019 wegen Anhaltspunkten von extremistischen Einstellungen Disziplinar- oder Strafverfahren bzw. entsprechende Maßnahmen eingeleitet worden (www.tagesspiegel.de/politik/170-faelle-mit-recht-sextremem-oder-rassistischem-gedankengut-recht-e-netzwerke-und-einzelfaelle-bei-der-polizei/26162960.html)?
16. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Welche Informationen liegen der Bundesregierung zum Aufenthalt des Christchurch-Attentäters Brenton Tarrant 2018 in Deutschland vor?
17. Abgeordneter
Fabio De Masi
(DIE LINKE.)
- Lag für Elon Musk, Chef des Fahrzeugherstellers Tesla, bei seiner Reise innerhalb der Bundesrepublik Deutschland eine Ausnahmegenehmigung von der Quarantänepflicht vor, und durch welche Behörde wurde diese erteilt (www.spiegel.de/wirtschaft/elon-musk-auf-berlin-besuch-werben-um-forderung-seiner-e-auto-produktion-a-717775ec-6853-445f-a998-1b56bc03c553)?
18. Abgeordneter
Stefan Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet der Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat den Einfluss der Corona-Pandemie auf die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse, und inwiefern verändert die Pandemie die Maßnahmenplanung des Bundesministers zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse, wie sie der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD und das Grundgesetz vorsehen?

19. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung daraus, dass die Berliner Staatsanwaltschaft gerade Strafermittlungen gegen eine Journalistin der „taz.die tageszeitung“ wegen der Bedeutung von Meinungs- und Pressefreiheit ablehnte (www.tage Spiegel.de/politik/nach-kritik-an-polizei-kolumn e-taz-autorin-verlangt-unterlassung-von-seehofer/26173572.html), ebenso wie der Presserat die entsprechende Beschwerde von Horst Seehofer zurückgewiesen hat, nachdem er explizit als Bundesminister regierungsamtlich deren Kommentar für strafbedürftig erklärt hatte, und erkennt die Bundesregierung in Horst Seehofers Wertungen, Strafandrohung sowie in diesem gesamten Vorgang – wie ich – einen abermaligen Verstoß eines Regierungsvertreters gegen deren Neutralitätspflicht im politischen Meinungskampf – diesmal zulasten der sogenannten vierten Gewalt im Staat –, so wie das Bundesverfassungsgericht in ständiger Rechtsprechung schon vielfach ähnliche Neutralitätspflichtverletzungen von Regierungsvertretern beanstanden musste (zuletzt Urteil vom 9. Juni 2020 – 2 BvE 1/19 – wiederum gegen den Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat Horst Seehofer)?
20. Abgeordnete
Luise Amtsberg
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Was hat die Bundesregierung bisher an konkreten Schritten unternommen, um die Menschen nach dem Brand in Moria notzuversorgen und eine Aufnahme von betroffenen Geflüchteten in Deutschland in die Wege zu leiten?
21. Abgeordnete
Luise Amtsberg
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie nutzt die Bundesregierung ihre EU-Ratspräsidentschaft, um eine europäische Verteilung der vom Brand in Moria betroffenen Menschen zu koordinieren, und wie stellt die Bundesregierung sicher, dass diese Verteilung zügiger vonstatten geht als bei den sehr viel kleineren Kontingenten in der Vergangenheit?

22. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Wie setzen das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat bzw. das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge den Beschluss des Bundesverwaltungsgerichts vom 8. Juni 2020 (BVerwG 1 B 19.20) in die Praxis um, wonach es vor dem Hintergrund der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs geklärt sei, dass eine Verlängerung der Dublin-Überstellungsfrist von sechs auf 18 Monate nicht in Betracht kommt, wenn (Landes-)Behörden auf eine rechtlich mögliche Überstellung von Personen im offenen Kirchenasyl verzichten (vergleiche Randnummer 6 des Beschlusses; bitte ausführlich begründen), und wie viele Fälle sind aktuell von diesem Beschluss betroffen (Personen im offenen Kirchenasyl, Überstellungsfrist von sechs Monaten abgelaufen, bitte so genau wie möglich darlegen)?
23. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Auf welche Norm des europäischen Asylrechts (bitte entsprechende Paragraphen in konkreten Richtlinien bzw. Verordnungen nennen) stützte sich der Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI), Dr. Helmut Teichmann, als er in der 87. Sitzung des Innenausschusses des Deutschen Bundestages zu Tagesordnungspunkt 1c im Zusammenhang mit den von der Bundesregierung vorgeschlagenen Vorprüfungen an den EU-Außengrenzen erklärte, die Asylverfahrensrichtlinie lasse es zu, dass Rechtsbehelfe in einer Spruchkammer mit etwa drei Mitarbeitern behandelt würden, um zu einem abschließenden Ergebnis zu kommen, das nicht durch ein europäisches oder nationales Gericht überprüft werden müsse, ein Richter sei anders als nach deutschem Recht nicht notwendig (bitte begründet ausführen), und inwieweit sind diese Vorstellungen des BMI zu Rechtsbehelfsverfahren ohne unabhängige Gerichte bei Vorprüfungen an den Außengrenzen mit Artikel 47 der EU-Grundrechte-Charta vereinbar, die ein Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf bei einem unparteiischen Gericht vorsieht (bitte begründen)?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes

24. Abgeordneter
Dr. Anton Friesen
(AfD)
- Welche Staaten haben nach Kenntnis der Bundesregierung gegenwärtig in Jerusalem den Hauptsitz ihrer diplomatischen Vertretung in Israel, und welche Staaten befinden sich im Prozess der Verlagerung hin nach Jerusalem?

25. Abgeordneter
Manuel Sarrazin
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Aus welchen Gründen setzt sich das Bundeskanzleramt auch weiterhin nicht für eine europäische Sanktionierung von Aljaksandr Lukaschenka ein, obwohl dieser in Belarus die Hauptverantwortung für Mord, Gewalt, Verhaftungen, Folter und Vergewaltigungen von unschuldigen Regimekritikerinnen und Regimekritikern trägt, obwohl sich führende belarussische Oppositionelle für Sanktionen gegen Aljaksandr Lukaschenka einsetzen und obwohl Aljaksandr Lukaschenka bereits mehrfach seit 2006 auf der EU-Sanktionsliste stand, und hat die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel zwischenzeitlich versucht, direkten persönlichen Kontakt zu führenden belarussischen Oppositionellen wie Swetlana Tichanowskaja aufzunehmen (www.welt.de/politik/ausland/article215001952/Weissrussland-Warum-Lukaschenko-ungeschoren-davonkommt.html, www.rnd.de/politik/belarus-swetlana-tichanowskaja-fordert-hartere-sanktionen-gegen-regierung-4SNGBXJTNN3SULW5RHUH3HIASI.html)?
26. Abgeordneter
Manuel Sarrazin
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Über welche Kenntnisse verfügt die Bundesregierung hinsichtlich der Anzahl und des Zustands der seit Beginn der zivilgesellschaftlichen Proteste in Belarus von staatlicher Gewalt betroffenen Personen (Getötete, Vermisste, Inhaftierte, Gefolterte) (www.ohchr.org/EN/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=26199&LangID=E)?
27. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der drohenden Hinrichtung des Ringers Navid Afkari (www.faz.net/aktuell/sport/mehr-sport/iranischer-ringer-navid-afkari-zum-tode-verurteilt-sportler-protestieren-16942184.html), und über welche Erkenntnisse verfügt sie über die Häufigkeit der Erpressung vermeintlicher Geständnisse durch Folter im Iran?
28. Abgeordnete
Filiz Polat
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung im Rahmen des EU-Afrika-Gipfels, wie vom Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) empfohlen, „aktiv neue Formen der Kooperation mit afrikanischen Staaten“ zu erarbeiten (SVR-Jahresgutachten 2020: Gemeinsam gestalten: Migration aus Afrika nach Europa, Seite 10), und wie bewertet sie in diesem Zusammenhang den Vorschlag des SVR für „wanderungswillige Afrikanerinnen und Afrikaner“, einen neuen regulären Weg nach Europa über ein temporäres Visum auf Kautionsbasis (Seite 11) zu ermöglichen?

29. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Welche Vorfälle haben deutsche Schiffe oder Flugzeuge seit der Beantwortung meiner Schriftlichen Frage 32 auf Bundestagsdrucksache 19/21928 dokumentiert, bei denen Geflüchtete von der griechischen Küstenwache und/oder Frontex-Schiffen an der Weiterfahrt gehindert bzw. in türkische Gewässer abgedrängt wurden (bitte ausweisen, um welche Schiffe es sich dabei handelte), und in welcher Form hat die Bundesregierung diese illegalen Zurückweisungen („Pushbacks“) in bi- oder multilateralen Formaten gegenüber der griechischen Regierung thematisiert?
30. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Hat die Bundesregierung in Anbetracht des bisherigen Verlaufs des Auslieferungsverfahrens gegen den Wikileaks-Gründer Julian Assange in Großbritannien weiterhin „keinerlei Zweifel“ an der „Rechtsstaatlichkeit und Arbeitsweise der britischen Justiz“ (Antwort auf meine Mündliche Frage 49, Plenarprotokoll 19/145), und aus welchen Gründen hat die Bundesregierung es bislang unterlassen, diesem wegen der Aufdeckung von US-Kriegsverbrechen (www.dw.com/de/usa-gegen-julian-assange/a-54817342 sowie www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2020-06/wikileaks-julian-assange-us-justiz-neue-anklage) verfolgten Journalisten Asyl in Deutschland anzubieten?
31. Abgeordneter
Klaus-Peter Willsch
(CDU/CSU)
- Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus dem wiederholten Eindringen chinesischer Kampfflugzeuge in den taiwanischen Luftraum (www.reuters.com/article/us-taiwan-china-security/taiwan-denounces-large-scale-chinese-drills-near-island-idUSKBN2610HG)?
32. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Wie viele am Coronavirus erkrankte Patienten aus dem EU- und Nicht-EU-Ausland sind zur medizinischen Behandlung seit dem 8. April 2020 nach Deutschland gebracht worden (vgl. dazu die Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 60 auf Bundestagsdrucksache 19/18555)?

33. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Inwieweit ist Saudi-Arabien der Erwartung der Bundesregierung in Bezug auf eine vollständige und glaubhafte Aufklärung der Ermordung von Jamal Khashoggi, wozu auch ein transparentes und rechtsstaatliches Verfahren für die Angeklagten gehört, bis dato gerecht geworden, vor dem Hintergrund, dass den Bitten der deutschen Botschaft in Riad auf Prozessbeobachtung von saudischer Seite nicht stattgegeben wurde, sich die Bundesregierung kein verlässliches Bild vom Verfahren machen konnte (Plenarprotokoll 19/145, Antwort auf meine Mündliche Frage 44) und die UN-Sonderberichterstatterin Agnès Callamard das Urteil als „eine Parodie der Gerechtigkeit“ bezeichnete und die Urteile „keine rechtliche oder moralische Legitimität“ hätten, weil „hochrangige Beamte“, die als Hintermänner des Mordes gelten, „von Anfang an auf freiem Fuß waren“ und dass der saudi-arabische Kronprinz Mohammed bin Salman vor „jeder Art von sinnvoller Überprüfung“ geschützt geblieben sei (AFP vom 7. September 2020), und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung daraus für die Zusammenarbeit mit der saudi-arabischen Führung (Staatsoberhaupt, Regierung, Königshaus), nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund des G20-Gipfels in Riad im November 2020?
34. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Zu welchem konkreten Zeitpunkt (Datum, Uhrzeit) hat die Bundesregierung vom Institut für Pharmakologie und Toxikologie der Bundeswehr in München im Fall des am 20. August 2020 mutmaßlich mit einem Nervenkampfstoff aus der Nowitschok-Gruppe vergifteten russischen Staatsbürgers Alexej Nawalny welche Materialien (Laborergebnisse, Gewebeproben, Blutproben etc.) an die Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW), an der auch Russland beteiligt ist, übergeben (lassen), vor dem Hintergrund der Aussage des russischen Vertreters bei der OPCW, Alexander Schulgin, dass von Berlin am 10. September 2020 noch immer keine Unterlagen übergeben worden waren (dpa vom 10. September 2020), obwohl ein Sprecher des Bundesverteidigungsministeriums am 9. September 2020 erklärt hatte, die Testergebnisse seien an die OPCW übergeben worden (dpa vom 9. September 2020)?
35. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Wie viele Länder verfügen nach (auch geheimdienstlicher) Kenntnis der Bundesregierung über das Nervengift der Nowitschok-Gruppe, und kann die Bundesregierung ausschließen, dass das in Alexej Nawalyns Körper gefundene Gift von anderen Ländern als Russland stammt?

36. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung angesichts von mehr als 185 Ermordungen und Massakern an sozialen Aktivistinnen und Aktivisten, Indigenen, Afrokolumbianerinnen und Afrokolumbianern, Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern sowie den Todesdrohungen gegen Andersdenkende wie den Senator Iván Cepeda Castro in diesem Jahr (www.indepaz.org.co/lid-eres/) gegenüber Kolumbien in Bezug auf die finanzielle Unterstützung für den Friedensprozess?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

37. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Bereitet die Bundesregierung konkrete Hilfsmaßnahmen vor, um für das Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe die befürchtete Pleitewelle im Herbst und Winter 2020 zu verhindern, da laut Umfragen von Interessenverbänden die Umsätze in einzelnen Bundesländern auch im Hochsommer dieses Jahres erst die Hälfte des Vergleichsmonats im Vorjahr erreicht hatten und bei zunehmender kälterer Witterung ein weiterer Einbruch zu befürchten ist (www.tagesspiegel.de/wirtschaft/gastrobranche-steckt-weiter-in-der-krise-mehr-staatliche-hilfen-fuer-den-winter-gefordert/26169206.html), und wenn ja, welche?
38. Abgeordneter
Erhard Grundl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wird die Bundesregierung bei den Hilfen für Soloselbstständige, insbesondere im Kultur- und Kreativsektor, zukünftig und bei den bereits ausbezahlten Soforthilfen den sogenannten Unternehmerlohn für Lebenshaltungskosten gewähren, statt nur die Betriebskosten anzurechnen, die viele Soloselbstständige im Kreativbereich nicht haben, und wann kann mit einer Verbesserung der Hilfen für Soloselbstständige gerechnet werden, denn für die Soloselbstständigen der Veranstaltungs- und Kreativbranche zählt aus meiner Sicht jeder Tag, wie auch tausende Demonstranten am 9. September 2020 vor dem Reichstag und dem Brandenburger Tor gezeigt haben (www.musikmedia.de/news/alarmstufes-rot-das-war-die-grossdemonstration-zur-rettung-der-veranstaltungswirtschaft/)?
39. Abgeordnete
Katharina Dröge
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wird das EU-Mercosur-Assoziierungsabkommen Thema beim anstehenden informellen Handelsministerrat am 20. und 21. September 2020 in Berlin sein, und welche weiteren Themen sind bei dem Treffen auf der Tagesordnung?

40. Abgeordnete
Lisa Badum
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Warum hat die Bundesregierung im Zuge der parlamentarischen Entscheidungsfindung sowie der Verabschiedung des Gesetzes zur Reduzierung und zur Beendigung der Kohleverstromung und zur Änderung weiterer Gesetze (Kohleausstiegsgesetz) im Juli 2020 ein nach medialer Berichterstattung vorliegendes Gutachten von Ernst & Young sowie dem Büro für Energiewirtschaft und technische Planung GmbH (BET) bezüglich der Braunkohle-Entschädigungen von rund 4,35 Mrd. Euro nicht veröffentlicht (www.handelsblatt.com/dpa/wirtschaft-handel-und-finanzen-spd-will-mehr-transparenz-bei-braunkohle-entschaedigungen/26170312.html?ticket=ST-277069-IKjGjM3Ib5e3c9hc26cAP-ap5), und bis spätestens wann wird die Bundesregierung dieses Gutachten vollumfänglich veröffentlichen?
41. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann wird die Bundesregierung die erstellten Gutachten im Rahmen des Kohleausstiegs, insbesondere das Gutachten „Ermittlung von Folgekosten des Braunkohletagebaus bei einem gegenüber aktuellen Braunkohle- bzw. Revierplänen veränderten Abbau und Bestimmung der entsprechenden Rückstellungen“, veröffentlichen?
42. Abgeordnete
Sylvia Kotting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Genehmigungen für die Ausfuhr von abgereichertem Uran bzw. Uranhexafluorid nach Russland wurden von dem Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) jeweils für die Jahre 2020 und 2021 nach der Dual-Use-Verordnung (EG) Nr. 428/2009 an Urenco erteilt (bitte unter Angabe der jeweils genehmigten Mengen und unter Aufzählung der ggf. noch in Arbeit stehenden Anträge), und mit welchen Argumenten sind die Genehmigungen vom BAFA begründet worden (bitte möglichst detailliert alle Argumente sowie die tragenden Erwägungen im Wortlaut angeben)?
43. Abgeordneter
Oliver Luksic
(FDP)
- Wie ist der Stand der deutsch-französischen Kooperation zum Thema Wasserstoff, insbesondere im Hinblick auf den Besuch des französischen Ministers Bruno Le Maire am 11. September dieses Jahres in Berlin, und welche konkreten Projekte strebt die Bundesregierung gemeinsam mit Frankreich an (www.n-tv.de/politik/Paris-will-bei-m-Wasserstoff-kooperieren-article22018971.html)?

44. Abgeordnete
Dr. Ingrid Nestle
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie gedenkt die Bundesregierung bei einer vollständigen Befreiung der Wasserstofferzeugung von der EEG-Umlage (<https://background.tagesspiegel.de/energie-klima/union-pocht-auf-umlagebefreiung-fuer-wasserstoff#:~:text=Die%20Union%20fordert%20%20C3%84nderungen%20am,f%C3%BCr%20die%20Nutzung%20von%20%20C3%9Cberschussstrom>) sicherzustellen, dass für die Produktion von Wasserstoff kein Strom aus Kohlekraftwerken verwendet wird und so der CO₂-Ausstoß in Deutschland zusätzlich erhöht wird?
45. Abgeordnete
Dr. Ingrid Nestle
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie gedenkt die Bundesregierung bei einer vollständigen Befreiung der Wasserstofferzeugung von der EEG-Umlage (<https://background.tagesspiegel.de/energie-klima/union-pocht-auf-umlagebefreiung-fuer-wasserstoff#:~:text=Die%20Union%20fordert%20%20C3%84nderungen%20am,f%C3%BCr%20die%20Nutzung%20von%20%20C3%9Cberschussstrom>) sicherzustellen, dass die Produktion von Wasserstoff nicht engpassverstärkend auf das Stromnetz wirkt, in dessen Folge Redispatch-Maßnahmen ergriffen werden müssten und sich so die Kosten der Netzentgelte für den Endkunden erhöhen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz

46. Abgeordneter
Dr. Christian Jung
(FDP)
- Wie lautet der aktuelle Stand der Gutscheinelösung für die Reisebranche, und welche Lösung plant die Bundesregierung für diese Problematik?
47. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Wie stellte sich nach Kenntnis der Bundesregierung im Jahr 2019 bundesweit und in den Bundesländern die Zahl der Zwangsräumungen (Vollstreckungsaufträge an Gerichtsvollzieher) von Wohnungen dar (vgl. Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 47 auf Bundestagsdrucksache 19/13254)?
48. Abgeordneter
Martin Hohmann
(AfD)
- Wie viele Meldungen hat es nach Kenntnis der Bundesregierung nach dem Gesetz zur Verbesserung der Rechtsdurchsetzung in sozialen Netzwerken (Netzwerkdurchsetzungsgesetz – NetzDG) jeweils zu Pädophilie und zu Extremismus (aufgeschlüsselt nach Rechtsextremismus, Linksextremismus, islamischem Extremismus) gegeben?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Arbeit und Soziales**

49. Abgeordnete
Filiz Polat
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Wie viele Personen sind im Rahmen der Westbal-
kanregelung (§ 26 Absatz 2 der Beschäftigungs-
verordnung) im Jahr 2019 nach Deutschland ein-
gereist (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln)?
50. Abgeordnete
Katharina Dröge
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Welche Schritte unternimmt die Bundesregierung
im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft,
um ein europäisches, rechtsverbindliches
Instrument zur Einhaltung umweltbezogener und
menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten voranzu-
treiben?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Ernährung und Landwirtschaft**

51. Abgeordnete
Carina Konrad
(FDP) Hält die Bundesregierung das durch den Verband
Lebensmittel ohne Gentechnik e. V. (VLOG) vor-
gestellte „Open-Source-Nachweisverfahren für
Pflanzen aus neuer Gentechnik“ für eine geeigne-
te Nachweismethode der Unterschiede zwischen
der CRISPR/Cas-Methode und klassischen Muta-
genese-Verfahren?
52. Abgeordnete
Carina Konrad
(FDP) Wie viele Fördermittel hat der Bund nach dem
Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung
der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“
(GAKG) in den Dürre Jahren 2018 bis 2020 dem
Nichtstaatswald im Bundesland Rheinland-Pfalz
zur Verfügung gestellt, und wie viele dieser Mittel
wurden abgerufen (bitte aufgeschlüsselt nach Jah-
ren und Projekten angeben)?
53. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Wie bewertet die Bundesregierung die Auswir-
kungen der im dritten Jahr anhaltenden Dürre auf
den Wald, und welche Regionen/Bundesländer
sind nach Kenntnis der Bundesregierung am
stärksten betroffen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Gesundheit**

54. Abgeordneter
Martin Hohmann
(AfD)
- Welche Kenntnis hat die Bundesregierung über die Zahl ausgefallener Operationen in den Monaten seit Erklärung der Corona-Pandemie und des Lockdown in Deutschland sowie die Zahl der Toten durch ausgefallene medizinische Maßnahmen?
55. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Unterbrechung der COVID-19-Impfstoffstudie durch AstraZeneca (www.spiegel.de/wissenschaft/medizin/coronavirus-studie-mit-impfstoff-von-astrazeneca-gestoppt-was-das-bedeutet-a-756c63ac-6145-4612-9226-08277254ae4f) insbesondere hinsichtlich des bereits im Juni 2020 geschlossenen Vertrages über 300 Millionen Impfstoffdosen, und mit welchen Unternehmen bestehen derzeit ähnliche Verträge bzw. Abnahmegarantien, an denen die Bundesregierung allein oder im Verbund mit anderen Regierungen beteiligt ist (bitte mit Nennung der Unternehmen, der vereinbarten Impfstoffdosen sowie der Kosten)?
56. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Warum setzt sich die Bundesregierung weiterhin für das Tragen von sogenannten Mund-Nasen-Bedeckungen ein, wenn das dem Bundesministerium für Gesundheit (BMG) unterstellte Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte bereits am 26. Juni 2020 festgestellt hat, dass für diese Art von Masken in der Regel keine Schutzwirkung nachgewiesen werden kann (www.bfarm.de/SharedDocs/Risikoinformationen/Medizinprodukte/DE/schutzmasken.html?fbclid=IwAR1Wgx26pZIWt_PzR1gJcoNHFO96gFBY8ZfS4ITcZWuJzBHJaRWlc40ohQ)?
57. Abgeordnete
Kordula Schulz-Asche
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Für wie geeignet hält die Bundesregierung den Vorschlag, private Zusatzversicherungen zu fördern, um die steigenden Pflege-Eigenanteile in den Griff zu bekommen, und welche Bedenken hegt die Bundesregierung dazu (www.handelsblatt.com/politik/deutschland/gesundheitspolitik-wirtschaftsfluegel-der-union-will-flaechendeckende-private-zusatzversicherung-fuer-die-pflege-einfuehren/26170052.html)?

58. Abgeordnete
Kordula Schulz-Asche
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie rechtfertigt die Bundesregierung die – meiner Ansicht nach – verhältnismäßig hohe Anzahl an Prüfaufträgen in der Nationalen Demenzstrategie, und in welcher Höhe sieht die Bundesregierung finanzielle Fördermittel vor, um konkrete Maßnahmen im Rahmen der Nationalen Demenzstrategie zu unterstützen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur

59. Abgeordneter
Dr. Christian Jung
(FDP)
- Wie viele Unternehmen haben bisher von den Hilfgeldern der Bundesregierung in Höhe von 170 Millionen Euro für Reisebusunternehmen profitiert (Stand: September 2020)?
60. Abgeordneter
Stefan Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Bauprojekte sind derzeit nach Kenntnis der Bundesregierung entlang der Bundesstraße 85 in der Oberpfalz geplant, die nicht im Bundesverkehrswegeplan 2030 enthalten sind?
61. Abgeordneter
Stefan Gelbhaar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche bereits in Kraft getretenen Verordnungen aus dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur werden derzeit bzw. wurden bereits nach Bekanntwerden möglicher weiterer Fehler (www.tagesspiegel.de/gesellschaft/panorama/stuttgart-sieht-formfehler-reformen-der-strassenverkehrsordnung-seit-2009-ungueltig/26158034.html) noch einmal in rechtssystematischer bzw. rechtsförmlicher Hinsicht auf Formfehler geprüft, und was war das jeweilige Ergebnis?
62. Abgeordneter
Stefan Gelbhaar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Erfordern Planung und Bau der „Tangentialverbindung Ost“ in Berlin einen Neubau der Fernbahnstrecken bei Umnutzung der bisherigen Trasse zur Nahverkehrstangente für den Regional- bzw. S-Bahn-Verkehr (www.morgenpost.de/berlin/article230377046/Tangentialverbindung-Ost-Und-bekannte-Dimensionen.html), und wenn ja, in welchem Zeitraum plant die Bundesregierung, diesen Neubau zu bewerkstelligen?
63. Abgeordneter
Sven-Christian Kindler
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele und welche Schienenwege in Niedersachsen sind derzeit gemäß den Schienennetz-Benutzungsbedingungen 2020 bzw. des Engpasses der Netzkonzeption auf Basis Infrastruktur und Nachfrage 2025 überlastet (bitte die 28 am stärksten überlasteten Schienenwege auflisten)?

64. Abgeordneter
Sven-Christian Kindler
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie hat sich die Anzahl der durch die DB AG/ ihre Tochterunternehmen bedienten Anschlussgleise in Niedersachsen in den Jahren 2009 bis 2019 entwickelt (bitte jahresscheibengenau darstellen), und wie viele Anschlussgleise werden derzeit (Stand: September 2020) durch die DB AG/ihre Tochterunternehmen in Niedersachsen bedient?
65. Abgeordneter
Torsten Herbst
(FDP)
- Wie hat sich die Anzahl der Stellwerkstörungen im deutschen Schienennetz mit Auswirkungen auf den Bahnverkehr (Verspätungen/Ausfälle) nach Kenntnis der Bundesregierung in den vergangenen zehn Jahren entwickelt, und wie viele dieser Stellwerkstörungen konnten nicht innerhalb eines Tages behoben werden (bitte jeweils in absoluten Zahlen angeben und nach Jahren aufschlüsseln)?
66. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ermöglichen voraussichtlich vorzeitig abgeschlossene Sanierungsarbeiten auf der Schnellfahrstrecke Stuttgart–Mannheim eine frühere Wiedereröffnung und den Betrieb (<https://bauprojekt.e.deutschebahn.com/p/mannheim-stuttgart/projekt-tagebuch>), und wann werden die Schnellfahrweichen in Mannheim Hauptbahnhof eingebaut sein (Quelle: Zielfahrplan Deutschlandtakt, Dritter Gutachterentwurf, Juni 2020, Akteurskonferenz 15. Juli 2020, Präsentation ausgewählter Ergebnisse, Seite 40)?
67. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Störungen an Intercity-2-Zügen traten in den ersten und zweiten Halbjahren der Jahre 2018, 2019 und im ersten Halbjahr 2020 auf (bitte nach den Strecken Stuttgart–Singen und Stuttgart–Nürnberg sowie nach Halbjahren auflisten), und wie viele Voll- oder Teilausfälle gab es in diesen jeweiligen Zeiträumen?
68. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele verschiedene Fahrzeugtypen (gemäß Schlüsselnummern) hat das Kraftfahrt-Bundesamt seit 2015 im Rahmen der Markt- und Feldüberwachung hinsichtlich des Abgasreinigungssystems überprüft (bitte nach Jahren aufschlüsseln), und wie viele Fahrzeuge dieser Fahrzeugtypen sind derzeit insgesamt in Deutschland zugelassen?

69. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann wird der ursprünglich für das Frühjahr 2019 angekündigte Gesetzentwurf zum autonomen Fahren (www.handelsblatt.com/politik/deutschland/verkehrsministerium-scheuer-will-gesetzentwurf-fuer-autonomes-fahren-bis-zum-fruehjahr/23718342.html) voraussichtlich vom Bundeskabinett beschlossen, und welche Fahrzeugmodelle, die in Deutschland zugelassen werden können, erfüllen nach Kenntnis der Bundesregierung die Anforderungen an eine hoch- oder vollautomatisierte Fahrfunktion des § 1a des Straßenverkehrsgesetzes?
70. Abgeordnete
Daniela Kluckert
(FDP)
- Mit welchen konkreten Maßnahmen plant die Bundesregierung das auf dem Autogipfel 2020 verkündete Ziel, bis 2022 fahrerlose Kraftfahrzeuge im Regelbetrieb auf die Straßen zu bringen, zu erreichen (www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/zukunft-der-autobranche-vw-chef-diess-be-gruesst-autogipfel-vorschlaege-zum-autonomen-fahren/26170942.html?ticket=ST-1145819-SpMwMdqDpEXik0nfssP-ap2)?
71. Abgeordnete
Daniela Kluckert
(FDP)
- Welche Maßnahmen führt die Bundesregierung durch, um das auf dem Autogipfel 2020 verkündete Ziel, bis Oktober 2021 eine sogenannte Mobilitäts-Cloud zu entwickeln, zu verwirklichen (www.businessinsider.de/bi/ergebnisse-des-autogipfels-bundesregierung-prueft-nun-subventionen-fuer-zulieferer-und-will-fuer-deutschland-fuehrung-rolle-im-autonomen-fahren/)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und nukleare Sicherheit**

72. Abgeordnete
Sylvia Kotting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Ausfuhrgenehmigungen nach § 3 des Atomgesetzes lagen bzw. liegen im Zeitraum von 2019 bis 2021 für Ausfuhren zu den ausländischen Atomkraftwerken Doel, Tihange, Cattenom, Fessenheim, Gösgen, Beznau und Leibstadt vor (bitte unter Angabe der Anzahl an Brennstäben bzw. der Menge an Brennstoff, www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Nukleare_Sicherheit/ausfuhrgenehmigungen_brennelemente_bf.pdf), und kommt der vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit Ende 2019 eingebrachte Entwurf für eine Änderung des Atomgesetzes zur Einführung eines Kernbrennstoff-Exportverbots noch 2020 in das Bundeskabinett (bitte unter Angabe der Gründe für die verspätete Einbringung, der in diesem Zusammenhang noch strittigen Fragen und des voraussichtlichen Zeitplans für die Einbringung, die Antwort auf meine Schriftliche Frage 125 auf Bundestagsdrucksache 19/22089)?
73. Abgeordnete
Lisa Badum
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung den aktuellen Report „United in Science“ der Weltmeteorologiebehörde (WMO), in welchem analysiert wird, dass die Corona-Pandemie weit weniger den globalen CO₂-Ausstoß hemmt als zunächst angenommen wurde (www.sueddeutsche.de/wissen/klimawandel-wmo-bericht-fossile-treibhausgase-1.5026694), und erwartet die Bundesregierung einen ähnlich starken Anstieg der klimaschädlichen Treibhausgase wie nach der Finanzkrise 2009 (www.welt.de/politik/ausland/article5614948/Die-Wirtschaftskrise-ist-der-groesste-Umweltschuetzer.html)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung
und Forschung**

74. Abgeordnete
Annalena Baerbock
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- An wie vielen staatlichen Grund- und Sekundarschulen gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung in allen Klassen- und Fachräumen Zugang zu WLAN, und in wie vielen staatlichen Grund- und Sekundarschulen gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung einen generellen Zugang zu WLAN?

